

# Beschlussvorlage



Landeshauptstadt  
Mainz

öffentlich		Drucksache Nr. 1100/2018/1
Amt/Aktenzeichen 10.01/04	Datum 16.08.2018	TOP

Behandlung im Stadtvorstand gem. § 58 (3) S. 2 i. V. m. 47 (1) S. 2 Nr. 1 GemO am 31.07.2018			
Beratungsfolge Gremium	Zuständigkeit	Datum	Status
Sozialausschuss	Vorberatung	15.08.2018	Ö
Beirat für Migration und Integration der Stadt Mainz	Vorberatung	16.08.2018	Ö
Jugendhilfeausschuss	Vorberatung	23.08.2018	Ö
Haupt- und Personalausschuss	Vorberatung	05.09.2018	Ö
Stadtrat	Entscheidung	12.09.2018	Ö

<b>Betreff:</b> Monitoringsystem: "Kommunales Integrationskonzept für (Neu-)Zugewanderte in der Landeshauptstadt Mainz
Mainz, 16.08.2018
Michael Ebling Oberbürgermeister

## Beschlussvorschlag:

Die städtischen Gremien nehmen das Monitoringsystem des "Kommunalen Integrationskonzepts für (Neu-)Zugewanderte in der Landeshauptstadt Mainz" zur Kenntnis. Die Verwaltung wird beauftragt, die im Monitoringsystem genannten mittel- und langfristigen Ziele umzusetzen und die Umsetzung sodann als Bericht vorzulegen.

## **1. Sachverhalt**

Das „Kommunale Integrationskonzept für (Neu-) Zugewanderte in der Landeshauptstadt Mainz“ wurde im September 2017 im Stadtrat verabschiedet. Der damalige Beschlussvorschlag lautete: Die städtischen Gremien nehmen das Integrationskonzept für (Neu-) Zugewanderte zustimmend zur Kenntnis. Die Verwaltung wird beauftragt, die einzelnen Integrationsmaßnahmen des Konzeptes umzusetzen. Hierzu ist ein geeignetes Monitoringsystem vorzulegen.

## **2. Lösung**

Auf Grundlage der im Integrationskonzept aufgeführten Maßnahmen hat die Stadtverwaltung ein Monitoringsystem erstellt.

Dieses System ist in der beigefügten Publikation wiedergegeben.

## **3. Alternativen**

Keine

## **4. Ausgaben / Finanzierung**

Bei der Umsetzung einzelner Maßnahmen aus dem Monitoringsystem ergeben sich ggf. Ausgaben bzw. Folgekosten. Maßnahmen, die finanzielle Auswirkungen haben, werden zu gegebener Zeit durch eigene Beschlussvorlagen in Eigenverantwortung der jeweils zuständigen Fachdezernate den städtischen Gremien zur Entscheidung vorgelegt.